



Krise ohne Grenzen

China und die USA, Frankreich und Polen: Wie ist es um die Klimapolitik dieser vier Volkswirtschaften bestellt? Unsere Autorinnen untersuchen in Washington und Peking zwei machtvollen Player, ohne die beim globalen Klimaschutz nicht viel geht; dazu kommen zwei große EU-Staaten, die nicht nur auf diesem Feld derzeit vieles trennt. Was alle vier allerdings eint: Nirgends hat das Thema Top-Priorität, die Argumente sind meist ökonomische. Von Smog und Wachstum, Braunkohle und Klimaskeptikern – eine Reise in vier Etappen.

© Illustrationen S. 15-32: bitteschon.tv

Zukunft Made in China

China gefllt sich in der Rolle des Klimaschtzers. Pekings Ambitionen sind gewaltig. Die Menschen im Land aber merken davon wenig

Von Lea Deuber



Mit Transparenten zogen die Demonstranten Anfang Juli durch die Straßen der zentralchinesischen Stadt Wuhan: „Wir fordern grüne Berge und sauberes Wasser. Verschmutzung durch Mll lehnen wir ab!“ Und: „Regierung, wer gibt euch eigentlich die Macht?“ Tausende Menschen waren zwischenzeitlich an den mehrtägigen Umweltdemonstrationen beteiligt, die schließlich von der Polizei gewaltsam aufgelöst wurden.

Spätestens seit die USA aus dem Pariser Klimaabkommen ausgestiegen sind, gilt China international als wichtigster Akteur in der Klimapolitik. Kurz nach dem Amtsantritt des amerikanischen Präsidenten Donald Trump sorgte sein chinesischer Amtskollege Xi Jinping mit seinem Auftritt beim Weltwirtschaftsforum in Davos 2017 für Aufsehen, als er bei der Klimapolitik von einer zwingenden Verantwortung im Hinblick auf künftige Generationen sprach. China solle Vorreiter der „kologischen Zivilisation“ werden. Mit Blick auf das Pariser Abkommen sagte er: „Alle Unterzeichner sollten dabei-

bleiben, anstatt davonzulaufen.“ Sicher ist, ohne China geht in der Klimapolitik nichts. Jeder fünfte Mensch lebt in der Volksrepublik. Jedes Jahr steigen Millionen Menschen in die Mittelschicht auf. In den vergangenen 40 Jahren hat sich das Land zur zweitgrößten Wirtschaftsmacht der Welt entwickelt. Das Land verbrennt mehr Kohle als jedes andere Land weltweit, 2017 emittierte es 11,7 Milliarden Tonnen an schädlichen Gasen. Rund 9,2 Milliarden Tonnen davon sind Kohlendioxid – mehr als die USA und die Europäische Union zusammen produzieren. Lenkt Peking nicht auf einen klimafreundlichen Kurs ein, sind die Bemühungen anderer Staaten fast aussichtslos.

In China ist das Thema längst angekommen. Neben Korruption und der wachsenden Ungleichheit sind Wasser- und Luftverschmutzung sowie Lebensmittelsicherheit die größten Sorgen in der Bevölkerung, wie Umfragen belegen. Chinas Konsumenten geben jedes Jahr Milliarden für importierte Lebensmittel und Luftfilter für die eigenen Wohnungen aus. Die Regierung nennt ihren Kampf gegen den Smog „den Krieg für einen blauen Himmel“. Es ist auch ein Kampf um ihr Überleben. Handelt die Partei nicht, könnte sie innerhalb der Bevölkerung die Legitimität für ihre Herrschaft verlieren. Bei den volkswirtschaftlichen Kosten der Umweltverschmutzung sind die Prognosen bereits niederschmetternd. Allein die Luftverschmutzung soll die chinesische Wirtschaft im Jahr 267 Milliarden Yuan (34,8 Milliarden Euro) kosten, wie Wissenschaftler der Universität Hongkong berechnet haben. Das sind 0,66 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. 20 Millionen Tonnen Reis-, Weizen- und Sojabohnenernte werden vernichtet, weil sie einer zu hohen Ozonkonzentration ausgesetzt sind. Über 1,1 Millionen Menschen sterben jedes Jahr vorzeitig an den Folgen der schlechten Luft.

**Umweltthemen
werden in China
laut diskutiert**

Umweltthemen sind im streng regulierten chinesischen Internet regelmäßig unter den am häufigsten diskutierten Themen. An einem normalen Sommertag findet man einen Beitrag über die Initiative einer australischen Gemeinde, die Müllauffangnetze an Sperrstufen anbringt. Das Pekinger Umweltamt postet eine Karte der Stadt mit aktuellen Luftwerten, die an diesem Tag allesamt im grünen Bereich sind. Eine Onlineseite berichtet über eine Autowaschanlage in der Provinz Shanxi, die seit Jahren ihr Abwasser in die Bewässerungskanäle der umliegenden Bauern leitet. Unter allen Beiträgen kommentieren aufgebrachte Leserinnen und Leser.

Der Druck auf Peking ist hoch, das zeigen auch die Proteste in Wuhan. Auslöser der Demonstrationen waren die Pläne der Regierung, eine Müllverbrennungsanlage am Rande der Zehn-Millionen-Stadt zu bauen. Bisher wird ein Großteil der Abfälle in China auf Deponien gelagert. Diese verschmutzen Agrarflächen sowie das Grundwasser und stoßen das schädliche Gas Methan aus. Der Bau von Müllverbrennungsanlagen ist also eine sinnvolle Lösung für einen Teil der Abfälle. Schweden verbrennt die Hälfte seines Mülls, weniger als 1 Prozent landet auf Deponien. In Wuhan gab es in den vergangenen Jahren zudem viele Beschwerden der Bevölkerung wegen des Gestanks einer Mülldeponie in Yangluo, dem Stadtteil, in dem die neue Verbrennungsanlage gebaut werden sollte. Gleichzeitig stoßen Müllverbrennungsanlagen aber auch viele

Tonnen Kohlendioxid, Kohlenstoffmonoxid und Stickstoffoxide aus. Die Menschen in Wuhan befürchten negative gesundheitliche Folgen durch die Schadstoffe. Demonstrationen für die Anlage, die auch Strom produzieren sollte, gab es in der Stadt nicht.

Umweltverschmutzung und der Klimawandel sind in den meisten Köpfen nicht miteinander verknüpft. 2017 erklärten 94,4 Prozent der Teilnehmer einer Befragung durch das China Center for Climate Change Communication, dass sie den Klimawandel für Realität hielten – mehr als in fast jedem anderen Land

**Umweltschützer
werden scharf
kontrolliert**

der Welt. „Die Klimapolitik wird in China aber maßgeblich durch die Regierung gesteuert“, sagt Li Shuo von der Umweltorganisation Greenpeace in Peking. Eine starke zivilgesellschaftliche Umweltbewegung wie in Deutschland habe sich in China nie entwickeln können. Zwar gibt es Umweltorganisationen. Viele sind aber durch die wachsende politische Kontrolle in den vergangenen Jahren wieder verschwunden. Andere stehen unter scharfer Beobachtung durch den Staat: „Im heutigen China gibt es nicht genug Freiräume für eine grüne Bewegung“, sagt Li. Lokale Gruppen der globalen, von Schülern organisierten Bewegung Fridays for Future gibt es dementsprechend nicht.

Die Zerstörung der Umwelt ist nicht mehr zu leugnen

Die Folgen des Klimawandels sind in China allerdings heute schon deutlich sichtbar – vor allem außerhalb der Metropolen. Im westchinesischen Hochland von Tibet schmelzen mit den steigenden Temperaturen die Gletscher. Das schreitet sehr viel schneller voran, als bisher befürchtet, wie jüngste Satellitenbilder belegen. Zwei von drei Gletschern könnten in den kommenden Jahrzehnten verschwinden. Das ist besonders dramatisch, weil die Flüsse, die in den chinesischen Hochgebirgen entspringen, bis zu 1,8 Milliarden Menschen in Asien mit Wasser versorgen.

Im Norden Chinas leidet das Land unter gewaltiger Dürre, in der Inneren Mongolei frisst die Wüste die knappe Ackerfläche. Bereits heute hat China mit 21 Prozent der Weltbevölkerung nur 7 Prozent der Agrarflächen der Welt, im Süden kommt es immer häufiger zu gewaltigen Überschwemmungen. Im vergangenen Sommer litt das Land zudem unter extremen Temperaturen. In mehr als zwölf Städten wurden neue Temperaturrekorde gemessen. Darunter auch in Peking. Landesweit waren 800 Millionen Menschen von den extremen Temperaturen betroffen.

Die Kommunistische Partei weiß, dass sie reagieren muss. Der Westen hat uns (auch hier) gar nichts zu sagen: Das war in den vergangenen Jahrzehnten eine gängige Lesart in China. Inzwischen setzt die Regierung aber auf eine andere Strategie: China muss sich international sonst vor allem für seine massiven Menschenrechtsverletzungen rechtfertigen. In der Klimapolitik ist Peking plötzlich der rationale Akteur, der Amerika wegen seines klimapolitischen Irrwegs vorführt, und dessen Entscheidungen respektiert und beklatscht werden. Während die USA China in einen langwierigen Handelskrieg verstrickt haben, der die chinesische Konjunktur belastet, ist Klimapolitik für die KP willkommene Propaganda.

Dabei hilft auch der chinesische Ansatz, Klimapolitik als Wirtschaftspolitik zu betrachten. Bis 2049 will das Land zum globalen Technologieführer werden. Seine Zukunft sieht es in sauberen Technologien. Die offizielle Industriepolitik nennt zehn Sektoren, in denen es Weltmarktführer werden will. Dazu gehören erneuerbare Energien, neue Technologien für die Energieeinsparung und Elektromobilität sowie neue Werkstoffe und Materialien. Im aktuellen Fünfjahresplan verspricht die KP Investitionen von 2,5 Billionen Yuan (330 Milliarden Euro) in erneuerbare Energien. Darunter sind 500 Milliarden Yuan (65,2 Milliarden Euro) für den Ausbau der Wasserenergie, 700 Milliarden Yuan (91,3 Milliarden Euro) für Wind- und eine Billion Yuan (130 Milliarden Euro) für Solaranlagen vorgesehen. Bereits heute hat das Land die Spitze bei der Produktion von Solarzellen übernommen. Mit über einer Million Fahrzeugen stellt es mehr E-Autos her als jedes andere Land. Während die chinesischen Hersteller bei den Verbrennungsmotoren nicht mithalten können, schafft Peking lieber Anreize, in die Batterietechnologie zu investieren. Die chinesische Autoindustrie ist der Stolz vieler Chinesen. Zukunft Made in China: Das begeistert viele im Land.

Klimapolitik ist für Peking Wirtschaftspolitik

In Wuhan sind die Spuren der blutigen Proteste inzwischen beseitigt. Dass die Sorgen der Bürger berechtigt sind, belegt eine in der Zeitschrift *International Journal of Environmental Research and Public Health* veröffentlichte Studie von chinesischen und australischen Wissenschaftlern. Darin kommen sie zu dem Ergebnis, dass die chinesische Regierung beim Bau anderer Müllverbrennungsanlagen in der Region gegen Bauvorschriften verstoßen und Anlagen zu nah an Siedlungen gebaut hat, eine davon nur 100 Meter entfernt von Wohnhäusern. Auch bei den Plänen der Regierung für die neue Anlage wäre der vorgeschriebene Abstand nicht eingehalten worden.

Vor zwei Jahren klagten Bürger gegen den Bau eines Kraftwerks in Shenzhen. Das Gericht entschied, dass die Behörden die Umweltverträglichkeitsstudien und andere Dokumente veröffentlichen müssten. Diese fochten die Entscheidung an. Noch vor einer weiteren gerichtlichen Entscheidung wurden das Kraftwerk gebaut und Kritiker mundtot gemacht. Das könnte Wuhan noch bevorstehen.

Langsameres Wachstum ist für den Staat keine Alternative

Zweifel an der Aufrichtigkeit der chinesischen Klimapolitik gibt es immer wieder. Nicht zuletzt, weil der Kohlendioxidausstoß seit 2017 wieder schneller ansteigt als in den Jahren zuvor, 2018 um satte 5 Prozent. Grund ist die hohe Abhängigkeit der schnell wachsenden Wirtschaft von Kohle. Zwei Drittel der Emissionen entstehen bei der Energiegewinnung, dem Bau und durch die produzierenden Industrien. Da China seit Jahren Milliarden in die Infrastruktur pumpt, um die Wirtschaft am Laufen zu halten, steigen auch die Emissionen wieder. Langsamer zu wachsen, um das Klima zu schonen, ist keine Alternative für die KP. Die Partei stützt ihre Macht auf ihr Versprechen von wachsendem Wohlstand – und der Machterhalt steht über allem. Wenn es die Regierung aber langfristig schafft, Chinas Abhängigkeit von der Kohle zu senken, ist ein Wandel möglich. Vor knapp zehn Jahren lag der Anteil der fossilen Brennstoffe

zur Energiegewinnung bei 80 Prozent, 2020 werden es rund 58 Prozent sein. Geschafft hat das die Regierung durch die massiven Investitionen in erneuerbare Energien sowie ehrgeizige Klimaziele, neue Energieeffizienzvorschriften und Umweltgesetze. Beschleunigt werden könnte das durch die sich wandelnde chinesische Wirtschaft, weg von Produktion und Schwerindustrie hin zu einer Dienstleistungsgesellschaft.

Unklar ist, wann die Kohleemissionen in China sinken. Bis 2030 könnten sie weiter wachsen. Wie schnell sie dann fallen, ist schwer abzusehen. Trotzdem ist das Urteil von Beobachtern wie dem United Nations Environment Program klar: China ist eines der wenigen Länder, die bei den Zielen des Paris-Abkommens auf dem richtigen Weg sind.

Lea Deuber arbeitet als Korrespondentin der Süddeutschen Zeitung in Peking.

Großer Bremsen USA

Trump und der Klimaschutz, das sind zwei Welten. Doch Amerika ist größer als Washington: Staaten und Städte können viel bewirken – und tun das auch

Von Sonja Thielges und Charlotte Unger



Als zweitgrößter Verursacher von Treibhausgasen weltweit spielen die Vereinigten Staaten eine zentrale Rolle für den Erfolg internationaler Klimaschutzmaßnahmen. Was die Wahl Donald Trumps zum Präsidenten für den Klimaschutz – national und international – bedeuten würde, schwante vielen bereits während seines Wahlkampfes 2016. Schon im Juni 2017 erklärte er den geplanten Rückzug der USA aus dem Pariser Klimaabkommen. Den Klimawandel nahm er von der Liste der nationalen Sicherheitsrisiken und schwächte viele Maßnahmen aus dem Klimaaktionsplan der Obama-Regierung – oder machte sie gleich ganz rückgängig. Obamas ambitionierten „Clean Power Plan“ ersetzte Trump beispielsweise mit der „Affordable Clean Energy Rule“: Die US-Staaten müssen ihren Kraftwerken nun keine Emissionsgrenzen mehr auferlegen, dies soll insbesondere den Kohlekraftwerken zugutekommen. Symbolträchtig und konsequent setzte Trump mit Andrew Wheeler einen ehemaligen Kohlelobbyisten an die Spitze der Umweltbehörde EPA.

**Klimaschutz wird
wieder radikal
zurückgefahren**

Trump's Feldzug gegen die Klimaforschung

Bereits zum Amtsantritt sperrte Trump zunächst alle Webseiten der EPA, die über den Klimawandel informierten, ließ sie überarbeiten und reorganisierte klimarelevante Abteilungen. Auch auf die Klimaforschung hat es der Präsident abgesehen: Er schaffte wissenschaftliche Begleitgremien für die Regierung ab und macht konkrete Vorgaben, welche Daten Institutionen der Regierung in ihren Klimamodellen veröffentlichen dürfen. Diese Liste des Feldzugs der Trump-Regierung gegen den Klimaschutz ließe sich lange fortführen.

Zahlen der U.S. Energy Information Administration zeigen, dass die Treibhausgase nach einigen Jahren Abwärtstrend 2018 erstmals wieder deutlich anstiegen. Trump könnte diese Entwicklung noch ankurbeln, denn den größten Anteil an Treibhausgasen in den USA verursacht der Verkehrssektor. Experten von Carbon Brief haben jüngst berechnet, dass Trumps aktuelle Pläne, die Effizienzstandards für Automobile aus der Obama-Zeit zu verwässern, einen Zuwachs der Treibhausgasemissionen von satten 13 Prozent zur Folge hätten.

Der Kongress schaute dem Feldzug Trumps gegen den Klimaschutz bisher tatenlos zu. Als die Demokraten 2019 die Mehrheit im Repräsentantenhaus übernahmen, kam jedoch etwas Schwung in die klimapolitische Debatte der Legislative. Mit dem Konzept des sogenannten „Green New Deal“ streben die Demokratischen Kongressmitglieder Alexandria Ocasio-Cortez und Ed Markey an, binnen zehn Jahren die Treibhausgase zu eliminieren und den Strombedarf komplett auf saubere Energien umzustellen. Im März brachte eine Gruppe von Demokraten den „Climate Action Now Act“ ein, der die Trump-Regierung zwingen soll, einen Plan zur Erreichung der Ziele des Pariser Klimaabkommens zu entwerfen. Aktuell zeichnet sich im Senat jedoch noch keine Mehrheit für solche Gesetzesvorhaben ab.

Ohne koordinierte, ambitionierte Klimaschutzmaßnahmen auf Bundesebene durch den Präsidenten oder den Kongress ist es für die USA schwer, einen angemessenen Beitrag zum Erreichen der Pariser Klimaziele zu leisten oder gar Klimaneutralität bis zum Jahr 2050 zu erreichen.

Doch spielt in den USA nicht nur die Bundespolitik eine Rolle in der Klima- und Energiepolitik. Im föderalen Gefüge der USA sind hier auch Staaten und Städte, nichtstaatliche und private Initiativen mächtige Akteure.

Die Rolle der Bundesstaaten

Trumps Blockadepolitik auf Bundesebene bedeutet zwar einerseits, dass Nachzglerstaaten ohne eigene Klimaschutzambitionen, darunter Südstaaten wie Texas oder Florida oder Rust-Belt-Staaten wie Indiana und Ohio, einen Freifahrtschein für Inaktivität behalten. Das wirkt sich negativ auf die Klimabilanz der USA insgesamt aus. Andererseits hat jedoch die fehlende Bundespolitik klimapolitische Aktivitäten auf regionaler und lokaler Ebene beflügelt und bemerkenswerte Innovationen hervorgebracht. Staaten und Städte, nichtstaatliche und private Initiativen haben der amerikanischen Klimapolitik in

Kalifornien ist ein umweltpolitisches Schwergewicht

den vergangenen Jahren ein neues Gesicht gegeben. Sie tragen einen wichtigen Teil dazu bei, Treibhausgasemissionen der USA zu senken und bieten sogar ein gewisses Bollwerk gegen die nationale Politik. Viele Bundesstaaten haben eigene Klimaziele aufgestellt und fördern erneuerbare Energien und Energieeffizienz, um diese zu erreichen. Untersuchungen des Thinktanks NewClimate Institute zeigten 2017, dass bestehende Initiativen von Staaten, Städten und nichtstaatlichen Akteuren zusammen bereits die Hälfte der ursprünglich von den USA bis 2025 beim Pariser Klimaabkommen gemachten Zusagen für Treibhausgasminderung erzielen könnten.

Besonders Kalifornien, weltweit gepriesen für seine Klimaschutzstrategie, hat traditionell eine Vorreiterrolle unter den Bundesstaaten. Die besondere Stellung der kalifornischen Umwelt- und Klimapolitik reicht zwar bis in die 1970er Jahre zurück, doch unter Trump erfährt sie neuen Schwung. Der Staat hat sich im Jahr 2017 sein Klimaschutzprogramm erweitert und ambitionierte Ziele gesetzt, wie eine Treibhausgasreduktion von 40 Prozent unter das Niveau von 1990 bis zum Jahr 2030. Diese Ziele werden durch spezifische Maßnahmen wie Standards für erneuerbare Energien oder aber das kalifornische Emissionshandelssystem verwirklicht. Kalifornien wirft sein wirtschaftliches Schwergewicht in den Ring und wendet sich massiv gegen die nationale Linie: mit öffentlichen Stellungnahmen für einen ambitionierten Klimaschutz oder durch die Gründung von internationalen Bündnissen, um an den Pariser Klimazielen festzuhalten. Dazu gehören die Under2 Coalition oder We Are Still In.

So versucht Kalifornien, ein Gegengewicht zur Trumpschen Politik zu bilden. Damit gewinnt es auch außenpolitisch an Gewicht. Der US-Staat stärkte beispielsweise seine Beziehungen zu China, das in den vergangenen Jahren erhebliche Bemühungen gezeigt hat, das internationale Führungsvakuum in der Klimapolitik zu fllen. Gemeinsam unterzeichneten Kalifornien und Chinas Regierung 2017 eine Absichtserklärung, um die Kooperation zur Entwicklung grüner Technologie zu stärken. Der damalige Gouverneur Jerry Brown wurde hier eigens von der chinesischen Regierung in die Große Halle des Volkes eingeladen, eine Ehre, die sonst nur Staatsoberhuptionen zukommt. Außerdem unterhält der Bundesstaat enge Beziehungen zu verschiedenen europi-

schen, südamerikanischen und asiatischen Ländern wie Schottland, Frankreich, Peru und Japan.

Die Politik Trumps hat auch Neulinge unter den ambitionierten Staaten im Klimaschutz auf den Plan gerufen, die bisher angesichts der vielen Aktivitäten von Vorreiterstaaten wie Kalifornien, Washington oder New York nicht glänzen konnten. North Carolina setzte sich 2018 beispielsweise erstmals ein eigenes Emissionsminderungsziel. Gouverneur Roy Cooper legte per Dekret fest, dass der Staat bis 2025 die Emissionen auf 40 Prozent unter das Niveau von 2005 senken müsse. Auch New Mexico, einer der größten Öl- und Gasproduzenten der USA, wartet mit neuen Klimaschutzmaßnahmen auf. Im Januar 2019 setzte Gouverneurin Michelle Lujan Grisham per Dekret das Ziel, die Emissionen des Staates bis 2030 auf 45 Prozent unter das Niveau von 2005 zu senken. North Carolina und New Mexico setzen ein wichtiges Signal in den südlichen Staaten der USA, zählt diese Region doch bisher zu den Nachzüglern im Klimaschutz. Beide gehören zudem der U.S. Climate Alliance an. Diese steht repräsentativ für eine weitere interessante klimapolitische Innovation, die besonders Trumps angekündigter Rückzug aus dem Pariser Klimaabkommen hervorgerufen hat: die Gründung neuer überparteilicher Klimaschutznetzwerke, die unterschiedliche Akteure aus dem ganzen Land zusammenbringen.

Indirekt sorgt Trump für mehr Umweltengagement

Machtvolle Allianzen auf regionaler Ebene

Die U.S. Climate Alliance gründete sich auf Initiative der Gouverneure von Kalifornien, Washington und New York im Juni 2017. Heute gehören der überparteilichen Allianz 24 US-Staaten an. Sie repräsentieren mehr als die Hälfte der US-Bevölkerung und ergeben zusammengenommen die drittgrößte Wirtschaft der Welt – nach den Vereinigten Staaten und China. Es steckt also sowohl politische als auch wirtschaftliche Macht hinter dieser Allianz. Die Mitglieder verpflichten sich, mit ihrer Klimapolitik die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu verfolgen und entsprechend der Zusage der USA bis 2025 ihre Treibhausgasemissionen auf mindestens 26 bis 28 Prozent unter das Niveau von 2005 zu senken. Die Allianz übernimmt dabei eine Kontrollfunktion, koordiniert ihre Mitglieder und fördert den Austausch intern sowie über die Allianz hinaus.

Die Ziele der U.S. Climate Alliance teilt auch das Netzwerk We Are Still In. Es ist ein Bündnis staatlicher und nichtstaatlicher Akteure, das Klimaschutz beispielsweise durch die Stilllegung von Kohlekraftwerken und die Förderung von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien umsetzen möchte. Ebenfalls im Juni 2017 gegründet, haben sich dem Netzwerk bis heute mehr als 3500 Städte, Staaten, Firmen und Universitäten angeschlossen. Es hat in den vergangenen zwei Jahren seine Mitglieder verdoppelt, sie stammen aus allen 50 US-Staaten.

Auch immer mehr amerikanische Städte organisieren sich in Netzwerken für den Klimaschutz. Denn neben der Bevölkerung sind es inzwischen auch viele große Unternehmen, die von ihren lokalen Regierungen fordern, den Anteil sauberer Energie zu erhöhen und ambitionierten Klimaschutz zu betreiben. Bereits 2014 gründete sich beispielsweise das lose Städtetzwerk Climate

Mayors. Das Netzwerk mit mehr als 400 Städten dient zum einen dem Informationsaustausch zu bewährten klimapolitischen Maßnahmen. Zum anderen verfassen die Klimabrgermeister Erklärungen an die Regierung, in denen sie die nationale Klimapolitik kommentieren. Diese Erklärungen haben unter der Trump-Regierung einen sehr kritischen Ton angenommen.

Neben diesen nationalen Bündnissen spielt auch internationale Kooperation eine Rolle. Eine internationale Allianz ist etwa die Under2 Coalition, die 2015 im Rahmen des Pariser Klimaabkommens von Kalifornien und Baden-Württemberg gegründet wurde. Auf Basis einer Absichtserklärung haben sich mittlerweile mehr als 220 subnationale Regierungen ein relativ konkretes Ziel gesteckt. Sie wollen dazu beitragen, die Erderwärmung auf „unter 2 Grad“ zu beschränken, indem sie bis 2050 ihre Treibhausgase um 80 bis 95 Prozent mit Bezug auf 1990 mindern.

Kurz vor dem für die internationale Klimapolitik zentralen Jahr 2020 – die Länder des Pariser Abkommens müssen dann ihre Klimaschutzversprechen nachbessern – wird immer wahrscheinlicher, dass die USA ihre Zusagen nicht einhalten werden. Das ist für die internationale Gemeinschaft herb, nicht nur weil die USA ein Treibhausgasschwergewicht sind: In Anbetracht einer ohnehin schon angespannten internationalen Situation, in der die derzeitigen Lnderzusagen nur etwa ein Drittel der notwendigen Minderungen für das Pariser 1,5-Grad-Ziel ergeben, setzt Trump ein bitteres Zeichen. Er signalisiert der Welt, dass Klimaschutz schlicht nicht ernstgenommen werden muss.

Der US-Regierung
sind die Zusagen von
Paris schlicht egal

Damit die USA ihren notwendigen Klimaschutzbeitrag leisten können, müssten alle Ebenen an einem Strang ziehen. Langfristigen Schaden kann die Politik Trumps auch deshalb anrichten, weil sie vereinzelt durchaus die Vorreiterpolitik von Staaten wie Kalifornien bremsen kann, etwa in der Begrenzung der Emissionen im Verkehrssektor. Die beachtlichen Aktivitäten ambitionierter subnationaler und nichtstaatlicher Akteure in den USA reichen bisher nicht aus, um die Welt näher an das 1,5-Grad-Ziel zu bringen.

Hoffnung macht, dass sie immer weitere Akteure für den Klimaschutz mobilisieren und beweisen, wie sehr Klimaschutz und wirtschaftliche Chancen vereinbar sind. Auch zeigen sie der internationalen Gemeinschaft, dass es in den USA weiterhin Akteure gibt, die klimapolitische Innovationen vorantreiben. Außerdem sind sie von großer langfristiger Bedeutung für die Weiterentwicklung der US-Klimapolitik, lässt sich doch der von Trump angerichtete Schaden auch von einer Nachfolgeregierung nicht so leicht revidieren. Neue Regulierungen und Institutionen für den Klimaschutz aufzubauen, so zeigte das Beispiel Obama, kann aufgrund des komplizierten Regulierungssystems Jahre dauern. Es ist daher auch für die Bundesregierung und die EU sehr wichtig, amerikanische Staaten, Städte, Unternehmen, Wissenschaft und Zivilgesellschaft in den USA dabei zu unterstützen, ihre Ambitionen weiter auszubauen. Zumindest bis eine neue US-Regierung dem Thema die Aufmerksamkeit widmet, die es verdient.

Sonja Thielges und Charlotte Unger arbeiten als Klimapolitikexpertinnen am Potsdamer Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS).

Französisches Klein-Klein

Unentschieden, undeutlich und zu viel Hin und Her: Macrons Klimapolitik ist ambitioniert, verpufft aber in ihrer Inkonsequenz

Von Julie Hamann



„Make the planet great again“, entgegnete Präsident Emmanuel Macron 2017 seinem Amtskollegen Donald Trump, als dieser den Austritt der USA aus dem Übereinkommen von Paris ankündigte, und prägte damit sein Bild eines Präsidenten, der sich den Klimaschutz auf die Fahnen schreibt. Die Einladung an amerikanische Wissenschaftler, ihre Forschung zum Klimawandel in Frankreich fortzusetzen, sollte Frankreichs Vorreiterrolle in der Klimapolitik untermauern. In den ersten zwei Jahren seiner Präsidentschaft kam Macron jedoch kaum über derlei symbolhafte Gesten als „Klimapräsident“ hinaus.

Dem starken Zeichen, bei der Regierungsbildung den Aktivisten und Politikneuling Nicolas Hulot zum Umweltminister zu ernennen, folgten etwa ein Jahr später nach dessen Rücktritt Ernüchterung und der Vorwurf an den Präsidenten, eine konsequente Umwelt- und Klimapolitik nicht ausreichend zu

Nötig wäre ein kompletter Wandel der politischen Prioritäten

unterstützen. Der Druck auf Frankreichs Regierung nimmt von verschiedenen Seiten zu: von der Öffentlichkeit, die stärker als zuvor für Klimaschutz sensibilisiert ist, von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die die Unzulänglichkeit der getroffenen Maßnahmen offen thematisieren, und von politischen Konkurrenten. So haben die sonst in Frankreich so schwachen Grünen als drittstärkste Kraft bei den Europawahlen gezeigt, dass Umwelt- und Klimaschutz keine Nischenthemen mehr sind. Folgerichtig soll die transition *nergtique*, das französische quivalent zur Energiewende, eine Priorität der zweiten Hälfte von Macrons Amtszeit werden. Mit der Einführung einer CO₂-Steuer auf Flugtickets und der raschen Verabschiedung eines neuen Klimagesetzes noch vor der Sommerpause versucht die Regierung nun, verlorenes Terrain in der Klima- und Energiepolitik wiedergutzumachen.

Große Ambitionen, aber zu kleine Schritte

Zwischen 2015 und 2017 sind Frankreichs Treibhausgasemissionen zum ersten Mal seit 1990 in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren wieder angestiegen. Dabei hat sich das Land 2015 mit dem Gesetz zur Energiewende einen ambitionierten rechtlichen Rahmen gesetzt: Um 40 Prozent gegenüber 1990 sollen die Treibhausgasemissionen bis 2030 reduziert werden, fossile Energieträger bis dahin um 30 Prozent, erneuerbare Energien sollen bis 2030 mit 32 Prozent am Energieverbrauch beteiligt sein (23 Prozent bis 2020), während ab 2025 der Anteil von Kernenergie 50 Prozent nicht berschreiten soll.

Da der große Anteil von Kernenergie jedoch dazu beiträgt, Frankreichs CO₂-Bilanz zumindest im Bereich der Energieproduktion im Vergleich zu anderen Ländern mit höherem Anteil an fossilen Energieträgern niedrig zu halten, veranlasste Macron nun einen Aufschub von zehn Jahren bis 2035, um dieses Ziel zu erreichen. Die zwei Instrumente, die das Gesetz von 2015 in konkrete Maßnahmen übersetzen sollen – die nationale Dekarbonisierungsstrategie und die mehrjährige Programmplanung für Energie –, werden seit 2018 überarbeitet. Ein neues Gesetz „Energie und Klima“ soll ebenfalls Anpassungen vornehmen, etwa mit einem schnelleren Rückgang bei der Nutzung fossiler Energien (um 40 statt 30 Prozent bis 2030) und dem vollständigen Kohleausstieg bis 2022. Außerdem schreibt es die anvisierte Klimaneutralität bis 2050 fest.

Um diese Ziele zu erreichen, braucht es einen tiefgreifenden politischen Wandel. Der Ende vergangenen Jahres einberufene Klimarat (Haut Conseil pour le climat, HCC) sparte in seinem kürzlich veröffentlichten ersten Bericht über den Fortschritt bei der Energiewende nicht mit klaren Worten. Er qualifiziert das Tempo der Maßnahmen als „unzureichend“, solange eine umfassende Dekarbonisierung nicht im Zentrum französischer Politik stnde und auch als Leitschnur bei der Ausarbeitung aller anderen Gesetze glte. Bisherige in den oben genannten Plänen enthaltene Zusagen wurden nicht eingehalten: So wurde das 2015 festgelegte CO₂-Budget überschritten; der mittlere Rückgang der CO₂-Emissionen um derzeit 1,1 Prozent pro Jahr müsste sich mindestens verdoppeln, um in Reichweite der Zielvorgaben zu sein. Hinzu kommen Lücken in der Grundlage von Berechnungen, wie beispielsweise des CO₂-Fuab-

drucks pro Kopf: Dieser basiert auf dem Konsum allein in Frankreich hergestellter Waren und Güter – rechnet man jedoch den seit 1990 erheblich angestiegenen Warenimport aus dem Ausland hinzu, verdoppelt sich dieser beinahe (von 6,6 auf 11 Tonnen/Person).

Die Sektoren, die den Großteil von Frankreichs Treibhausgasemissionen zu verantworten haben, sind Transport (31 Prozent, davon 60 Prozent Personen- und 21 Prozent Warenverkehr), Gebäude (19 Prozent), Landwirtschaft (19 Prozent), Industrie (18 Prozent) und Energie (10 Prozent). Ausgerechnet die Emissionen der beiden Hauptverursacher Transport und Gebäude haben das vorgeschriebene CO₂-Budget besonders stark überschritten. Die steigende Nachfrage im Individualverkehr bei geringerer Auslastung wird nicht kompensiert durch eine höhere Effizienz der Verkehrsmittel und eine zumindest langsam wachsende E-Mobilität. Bei Gebäuden schreitet der Umbau zu mehr Energieeffizienz zu langsam voran, und dem Rückgang von Ölheizungen steht die Zunahme von Klimaanlage gegenüber. Das im neuen Gesetz „Energie und Klima“ festgeschriebene Verbot, Wohnungen ab einer bestimmten niedrigen Gebäudeeffizienzklasse zu vermieten, soll erst ab 2028 umgesetzt werden – mehrere Jahre später, als ursprünglich empfohlen.

Das Land hinkt im Ausbau der Erneuerbaren hinterher

Was Frankreichs Energiemix angeht, so hinkt das Land im Ausbau erneuerbarer Energien hinterher. Während das Ziel für 2020 bei einem Anteil von 23 Prozent am Energieverbrauch liegt, wurden 2017 gerade 16,3 Prozent erreicht. Das große Potenzial des Landes bei der Offshore-Energieerzeugung wird noch zu wenig genutzt, da Pilotprojekte länger dauerten als geplant und hohe Investitionskosten nötig sind. Immerhin: Der Ausbau der Offshore-Windparks ist jedoch eine Priorität bei der Förderung erneuerbarer Energien und nimmt in der neuen mehrjährigen Finanzplanung für Energie einen wichtigen Platz ein.

Ohne soziale Klimapolitik kein gutes soziales Klima

Wie wichtig neben der rechtlichen Rahmensetzung auch die Akzeptanz der Maßnahmen in der Umwelt- und Klimapolitik für deren Erfolg ist, zeigte vergangenes Jahr ganz besonders die Bewegung der *gilets jaunes*, der Gelbwesten, die Macron in die erste tiefe Krise seiner Amtszeit schlittern ließ. Ausgelöst wurde sie ausgerechnet durch einen Beitrag zur Klimapolitik: Die Erhöhung der Mineralölsteuer sollte zur Finanzierung der Energiewende beitragen. Die Entstehung der Protestbewegung gerade in ländlichen Gebieten machte deutlich, wie stark die Lebensrealitäten auseinanderdriften zwischen Bevölkerungsteilen, die in einer immer schwächer werdenden ländlichen Infrastruktur auf das Auto angewiesen sind, und Großstädtern, die über Fahrradwege und Fahrverbote diskutieren.

„Fin du monde ou fin du mois“ („Ende der Welt oder Ende des Monats“) lautete der griffige, aber auch polarisierende Ausdruck, um die unterschiedlichen Ebenen individueller Sorgen um den Planeten auf der einen und den Kontostand zum Monatsende auf der anderen Seite zu veranschaulichen. Zwar stand schon bald die sinkende Kaufkraft generell im Fokus der Proteste, neben anderen Themen wie Forderungen nach mehr direkter demokratischer Beteiligung,

Klimapolitik und Armutsbekämpfung hängen zusammen

doch machte die Entstehung der Bewegung deutlich, wie eng verknüpft soziale Gerechtigkeit und Klimapolitik sind. Schon im Pariser Abkommen 2015 wurde klar auf den Zusammenhang zwischen Klimapolitik und Armutsbekämpfung hingewiesen. Auch Experten des HCC, den Macron im übrigen während der Gelbwesten-Protteste als Antwort auf die Bewegung einsetzte, sowie des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) räumen einer sozialen Gestaltung der Klimapolitik eine maßgebliche Rolle ein.

Das Beispiel der CO₂-Steuer („taxe carbone“), an der sich die Gelbwesten-Protteste entzündeten, zeigt, unter welchen Umständen eine eigentlich sinnvolle und effiziente Maßnahme an fehlender Akzeptanz scheitern kann: Wenn die unterschiedliche Belastung je nach Lebenssituation und Haushaltseinkommen nicht ausreichend berücksichtigt wird, wenn mangelnde Transparenz die Verwendung der Steuereinnahmen für Bürgerinnen und Bürger schwer nachvollziehbar macht, und wenn zudem zahlreiche Ausnahmeregelungen gerade Hauptverursacher in Industrie und Logistik subventionieren.

Das neue Klimabewusstsein der Franzosen

In der Bewegung der Gelbwesten eine generell skeptische Haltung der Bevölkerung gegenüber Maßnahmen in der Klimapolitik zu sehen, greift jedoch zu kurz. Seit Beginn der Protteste legten Teile der Bewegung Wert darauf, in ihren Forderungskatalog eine entschiedene Klimapolitik aufzunehmen, die aber sozialverträglich gestaltet werden muss. Immer wieder kam es auch zu Zusammenschlüssen mit Umweltbewegungen, so am 16. März 2019, als beim Marche pour le climat in ganz Frankreich rund 300 000 Personen eine bessere Klimapolitik forderten und auch zahlreiche Gelbwesten unter den Demonstrierenden waren. Seit dem Rücktritt Hulots mobilisierte der Klimamarsch bereits an acht Wochenenden zwischen 50 000 und 300 000 Menschen. Die von vier NGOs lancierte Petition „L'affaire du siècle“ (Das Thema des Jahrhunderts), die rechtliche Konsequenzen für den französischen Staat infolge von Nichteinhaltung der Klimaschutzzusagen forderte, wurde innerhalb weniger Wochen von rund zwei Millionen Französinnen und Franzosen unterzeichnet und ist damit die erfolgreichste Petition des Landes. Die Klage liegt derzeit beim Verwaltungsgericht Paris. Auch Greta Thunberg und die von ihr initiierten Protteste trugen dazu bei, dass der Kampf gegen den Klimawandel mitten in der öffentlichen Debatte angekommen ist. Hitzerekorde im Sommer 2019 und extreme Trockenheit im ganzen Land tun ihr briges, um das Thema oben auf der Agenda zu halten. Der nächste Härtetest für Macron wird sein, über die Verkündung seiner hohen Ambitionen hinaus auch die Machbarkeit und Erfolge der französischen Klimapolitik zu zeigen. Derzeit fehlt es nicht an Zielen, sondern an Instrumenten, die an die soziale und wirtschaftliche Realität des Landes angepasst sind.

Julie Hamann arbeitet im Programm Frankreich/deutsch-französische Beziehungen im Forschungsinstitut der DGAP.

Polnischer Zickzack

Während die Regierung auf der Bremse steht, wächst im Land die Unterstützung für den Klimaschutz. Der wird es allerdings noch lange schwer haben

Von Justyna Piszczatowska



Wenn es um Maßnahmen gegen den Klimawandel geht, gehört Polen nach wie vor zu den skeptischsten Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Die Regierung hat vor allem wegen der finanziellen und sozialen Kosten Bedenken; im Land allerdings wächst die gesellschaftliche Unterstützung für Maßnahmen zugunsten einer saubereren Zukunft. Beim EU-Gipfel im Juni blockierte Polen gemeinsam mit der Tschechischen Republik, Estland und Ungarn die Festlegung auf ein neues Klimaziel. Eine Mehrheit der Mitgliedstaaten hatte dafür plädiert, die EU solle sich verpflichten, bis zum Jahr 2050 CO₂-Neutralität erreicht zu haben. Der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki erklärte, er sei „noch“ nicht bereit, das Neutralitätsziel zu unterstützen. „Wir sind absolut für eine ehrgeizige und innovative EU-Klimapolitik, dies ist ein sehr wichtiger Teil der Entwicklung Polens. Aber wir können nicht zustimmen, dass polnische Unternehmen Kosten tragen, die im Vergleich zu ihrem

**Polen importiert
wieder so viel Kohle
wie selten zuvor**

Energieverbrauch und den daraus resultierenden Kohlendioxidemissionen unverhältnismäßig sind“, sagte Morawiecki. Er fügte hinzu, seine Regierung strebe „sehr genaue Bedingungen für mögliche Kompensationsmechanismen für Mitgliedstaaten, Regionen und Wirtschaftszweige“ an. Die Festlegung auf das Jahr 2050 habe er bei dem Gipfel nicht unterstützen können, weil es keine gründliche Analyse der Kosten gegeben habe. Es bleibe aber genug Zeit, um einen gerechten Kompromiss auszuhandeln. Morawieckis Haltung zeigt, dass sich die polnische Regierung vollkommen darüber im Klaren ist, welche Klimaziele erreicht werden müssen. In den Verhandlungen mit der EU geht es aber darum, wie und wie schnell.

Die Ausgangslage für eine Energiewende bleibt schwierig. Nach 15 Jahren EU-Mitgliedschaft stammen 80 Prozent der Elektrizität noch immer aus Kohlekraftwerken. Das ist eine enorme Herausforderung, weil die Nachfrage nach Elektrizität stetig zugenommen hat und der Preis für CO₂-Zertifikate auf einen Rekordwert von fast 30 Euro gestiegen ist.

Im Jahr 2018 verharrten die Emissionen des Landes auf unverändert hohem Niveau. 2017 hatte sich der Gesamtausstoß von klimafeindlichen Gasen um 16 Millionen Tonnen oder etwa 4 Prozent gegenüber dem Vorjahr erhöht – ein Aufwärtstrend, der schon seit 2014 anhielt. Hinzu kommt das Problem, dass Polen immer mehr Kohle importiert. Während in der EU insgesamt die Nachfrage nach Kohle so deutlich sank, dass im Mai 2019 die Nettoimporte von Kohle auf den niedrigsten Stand seit August 2002 fielen, liegen die polnischen Kohleimporte aus Russland nah an ihren historischen Höchstwerten.

Zeichen der Verbesserung

Dennoch durchlebt der polnische Energiesektor seit einigen Jahren einen grundlegenden Wandel. Die unprofitabelsten Kohlebergwerke sollen auf Beschluss des Energieministeriums geschlossen werden. Der britische Thinktank Sandbag schtzt, dass in der ersten Jahreshälfte 2019 die Stromerzeugung aus Kohle in Polen um 6 Prozent zurückging, weil ein neues Gaskraftwerk in Plock ans Netz ging. Damit liegt Polen allerdings immer noch unter dem Durchschnitt der EU, wo die Stromerzeugung aus Kohle um 19 Prozent sank.

Es ist fast ausgeschlossen, dass Polen das in EU-Richtlinien festgelegte Ziel noch erreichen kann, den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromproduktion bis 2020 auf 15 Prozent zu steigern. Seit drei Jahren stagnieren die Investitionen in Erneuerbare, weil das Land das staatliche Anreizsystem umgebaut hat. Gleichzeitig erschwerte die Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) Investitionen in zusätzliche Windkraftkapazitten. Seit 2016 gilt die sogenannte 10H-Regel, die vorschreibt, dass nur Turbinen errichtet werden dürfen, die um mindestens das Zehnfache ihrer Propellerhhe von der Grenze zum Nachbargrundstück entfernt sind.

„Der Anstieg der Kohleimporte und der CO₂-Emissionen ist besorgniserregend“, sagte Joanna Makowiak-Pandera, Präsidentin des Thinktanks Forum Energii. „Zugleich steigt der Verbrauch von Gas, wobei ein maßvoller Anstieg des Gasverbrauchs für Polen sogar sinnvoll ist. Im Ergebnis steigen allerdings

auch die Elektrizitätsimporte, weil die Strompreise in Polen im Vergleich zu anderen Ländern der Region hoch sind.“

Es gibt aber auch positive Entwicklungen. Bei den anstehenden 2019er Auktionen für erneuerbare Energieträger sind die Volumina erheblich gestiegen. In der Folge könnten neue Projekte mit Gesamtkapazitäten von bis zu 3,4 Gigawatt Abnahmegarantien zugesprochen bekommen. 2,5 Gigawatt davon werden aus Windenergieanlagen an Land stammen. Zugleich will die Regierung Verbraucher ermutigen, in eigene Energiequellen zu investieren, vor allem in private Solaranlagen. Das vor Kurzem angekündigte Programm „Mein Strom“ sieht finanzielle Unterstützung für Solaranlagen mit einer Kapazität zwischen zwei und zehn Kilowatt vor. Das Gesamtbudget beläuft sich auf eine Milliarde Zloty (etwa 230 Millionen Euro); man schätzt, dass bis zu 200 000 Haushalte profitieren könnten. Heute gibt es etwa 65 000 private Solaranlagen.

Auch für kleine und mittlere Betriebe wurden solche Anreize geschaffen. Im Juni verabschiedete das Parlament einen Zusatz zum Gesetz über erneuerbare Energieträger, der es kleinen und mittleren Unternehmen erleichtern soll, in eigene Anlagen zu investieren. Bislang war es für Unternehmer unmöglich, den Status eines „Prosumenten“ zu erlangen – kleiner Produzenten, die Strom vor allem für den Eigenverbrauch erzeugen, überschüssige Mengen aber auch einspeisen. Nach dem polnischen Vergütungsmodell können Eigentümer von Photovoltaikanlagen mit einer Kapazität von bis zu 10 Kilowatt nun 80 Prozent für jede eingespeiste Kilowattstunde bekommen. Beträgt ihre Kapazität zwischen 10 und 40 KW, bekommen sie 70 Prozent vergütet.

**Finanzielle Anreize
sollen Solaranlagen
attraktiv machen**

Was ist der nächste Schritt?

Es ist problematisch, dass Polen keine adäquate Klimastrategie hat. Die PiS-Regierung hat bisher nur einen Entwurf präsentiert, wie ihre Politik bis 2030 aussehen könnte. Demnach will sie den Anteil der Kohle im Gesamtenergiemix senken und durch Atomkraft, Offshore-Windanlagen und Gas ersetzen. Piotr Naimski, Generalbevollmächtigter der Regierung für die strategische Energie-Infrastruktur, sagte beim Programmkongress der PiS im Juli, die Energiestrategie unter den Bedingungen Polens solle auf dem Schlagwort „Kohle Plus“ beruhen: „Wir haben in Polen Kohle, und diese Kohle ist und bleibt eine der Hauptsäulen der Energiesicherheit unseres Landes. Wir werden Stromproduktion aus Kohle in der Perspektive 2040 – und mutmaßlich auch darüber hinaus – im polnischen Energiemix haben. Das gilt, auch wenn das Projekt, das vom Energieministerium erstellt wurde, auf 2040 begrenzt ist.“

Energieminister Krzysztof Tchórzewski ging noch weiter und signalisierte, dass Polen möglicherweise neue Kohlebergwerke benötigen wird, um seinen Energiebedarf zu decken. Die Kohle müsse der Energieindustrie als Stabilisator der Energiesicherheit dienen. Ob man die Zahl der in Betrieb befindlichen Kohlebergwerke konstant halten soll, ist im Wahlkampf vor den polnischen Parlamentswahlen im Herbst ein besonders sensibles Thema. Die Gewerkschaften machen Druck auf die Regierung, den Bergbau am Leben zu halten. Dennoch sinkt die Unterstützung in der Gesellschaft für eine kohlendioxid-

Die staatliche Energiepolitik überzeugt das Volk nicht

intensive Energiewirtschaft. Nach einer Umfrage des WWF von Ende 2018 sind immerhin 45 Prozent der Polen mit dem, was der Staat für die Umwelt tut, unzufrieden. Weniger als 10 Prozent glauben, dass Kohle die führende Energiequelle der Zukunft sein wird. Fast 60 Prozent nehmen den Klimawandel als echte Bedrohung ihrer selbst und ihrer Familien wahr. Als größte Bedrohung der natürlichen Umwelt nennen die Befragten die Verschmutzung von Luft, Wasser und Erde (82 Prozent), die Abholzung der Wälder (58 Prozent) und Naturkatastrophen – Dürreperioden, Überflutungen und Stürme (47 Prozent).

Diese Antworten zeigen, dass sich die Polen intensiv dafür interessieren, was die Behörden für ihre ökologische Sicherheit tun und dass ihnen ökologische Fragen äußerst wichtig sind.

„Zwei Drittel der Polen (60 Prozent) glauben, dass die Behörden ihres Landes nicht genug tun, um die erneuerbaren Energien zu fördern“, sagte Michal Wegrzynowski von Kantar Millward Brown. „Bis zu zwei Drittel der Befragten wollen, dass erneuerbare Energieträger der wichtigste Energielieferant werden. Nur einer von zehn Befragten nannte Erdgas oder Atomkraft als zukunftsorientierte Energiequelle.“ Die Polen sind sich über die negativen Folgen der Kohle für die Luftqualität im Klaren. Für drei Viertel der Whler der oppositionellen Brgerplattform PO (76 Prozent) und die Hälfte der PiS-Whler (53 Prozent) stellen die erneuerbaren Energien die Energiequelle der Zukunft dar. „Auffällig ist, dass die Polen sich aber uneins sind, ob Smog an ihrem Wohnort eine Bedrohung ist“, sagte Wegrzynowski.

Die Medien in Polen lassen sich in zwei Hauptgruppen einteilen: für oder gegen die Regierung. Letztere kritisieren die Verantwortlichen dafür, Klimawandel und Smog nicht entschlossen genug zu bekämpfen. Dagegen ist es in den Pro-PiS-Medien üblich, davor zu warnen, dass die Erde es nicht mit einer echten Klimakrise zu tun habe, sondern mit einem „Klimaschwindel“. Politisch rechtsstehende Kommentatoren stützen sich auf Emotionen und Informationen, die aber wissenschaftlich nicht belegt sind, um zu versuchen, etwa die Berichte des Weltklimarats IPCC zu diskreditieren.

Mehrere überregionale Publikationen haben Rubriken für Klima- und Umweltthemen eingerichtet, die den Druck auf die Regierung steigern. Dies zeigt sich beispielsweise an den Plänen für ein neues 1000-Megawatt-Kohlekraftwerk, das die Regierung am Kraftwerk Ostroleka plant. Es waren Medien, die gemeinsam mit Nichtregierungsorganisationen davor warnten, dass die Investition unter jetzigen Marktbedingungen auf keinen Fall profitabel sein könne. Sollte die Regierung staatliche Unternehmen unter Druck setzen, dieses Projekt umzusetzen, werde dies höchstwahrscheinlich in deren Konkurs führen.

Unabhängig vom Ausgang der Parlamentswahl im Herbst ist es sehr wahrscheinlich, dass sich in den kommenden Jahren der Markt der erneuerbaren Energien positiv entwickeln wird. Belege sind zum einen die hohe Nachfrage nach privaten Solaranlagen, zum anderen das wachsende Interesse der Industrie an eigenen, sauberen Energiequellen – zumindest auf dem Papier.

Justyna Piszczatowska ist Chefredakteurin des polnischen Umweltportals green-news.pl.